

# Erklärung der Revolutionären Regierung

• EIN wichtiger Schritt zum Fortschritt bei den bilateralen Beziehungen fand an diesem 12. Januar mit der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den Regierungen Kubas und der Vereinigten Staaten statt, das am selben Tag in Kraft getreten ist und eine geregelte, sichere und geordnete Migration garantieren soll.

Mit diesem Abkommen wird die allgemein unter dem Namen „trockene Füße-nasse Füße“ bekannte Politik und das Programm zur vorläufigen Aufnahme für kubanische Gesundheitsfachkräfte (Parole) beseitigt, das Washington in Drittländern angewendet hat.

Seit einigen Jahren war die Regierung Kubas ständig daran interessiert, ein neues Migrationsabkommen mit den Vereinigten Staaten zu beschließen, um die schwerwiegenden Probleme zu lösen, die weiterhin, trotz der Existenz von bilateralen Abkommen in diesem Bereich, die Migrationsbeziehungen beeinträchtigt. Zum ersten Mal formalisierte Kuba diesen Vorschlag im Jahr 2002; er wurde aber vom damaligen Präsidenten George W. Bush zurückgewiesen. Es legte 2009 einen neuen Vorschlag für ein Migrationsabkommen vor, welcher 2010 aktualisiert und am 30. November 2015 erneut präsentiert wurde.

Dann, nach fast einem Jahr der Verhandlungen und bestärkt durch die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen am 20. Juli 2015, die auf gegenseitigem Respekt und dem politischen Willen begründet wurden, diese Beziehungen zu stärken und eine neue Verständigung bei verschiedenen Themen beiderseitigen Interesses zu erreichen, gelang es den Regierungen, diese Verpflichtung zu konkretisieren; dies sollte zu einer Normalisierung der Migrationsbeziehungen beitragen, die seit dem Sieg der Revolution durch die Anwendung einer aggressiven Politik aufeinanderfolgender Regierungen der Vereinigten Staaten geprägt waren, die Gewalt, unregelmäßige Migration und Menschenhandel förderten und den Tod zahlreicher Unschuldiger verursachte.

Das jetzt erreichte Abkommen lässt die Bereitschaft Kubas erkennen, wie sie vom Präsidenten des Staats- und des Ministerrats Armeegeneral Raúl Castro Ruz in seiner Ansprache am 17. Dezember 2014 und zu vielen weiteren Anlässen deutlich wurde, „mit der Regierung der Vereinigten Staaten einen auf souveräner Gleichheit basierenden respektvollen Dialog zu unterhalten, um die unterschiedlichsten Themen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu behandeln, ohne dass dadurch die nationale Unabhängigkeit und die Selbstbestimmung unseres Volkes beeinträchtigt wird, (...) ein Standpunkt, der, öffentlich und privat, der Regierung der Vereinigten Staaten vom Compañero Fidel in den verschiedenen Momenten unseres langen Kampfes zum Ausdruck gebracht worden war, mit dem Ansatz, „die Differenzen durch Verhandlungen zu lösen, ohne auch nur auf eines unserer Prinzipien zu verzichten.“

So entspricht es dem ausdrücklichen Wunsch der kubanischen Regierung in Ausübung ihrer Souveränität, die gültige Migrationspolitik zu aktualisieren und sie an die Bedingungen der Gegenwart und der vorhersehbaren Zukunft anzupassen, wie dies aus einer Reihe von wichtigen Maßnahmen deutlich wird, die seit dem 14. Januar 2013 umgesetzt wurden.

Die allgemein unter dem Namen „trockene Füße-nasse Füße“ bekannte Politik stellt eine flagrante Verletzung von Buchstaben und Geist der zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten 1994 und 1995 erreichten Vereinbarungen dar

JORGE LUIS RODRÍGUEZ



und ist bis heute ein Anreiz für irreguläre Migration, Menschenhandel mit Emigranten und irregulären Grenzübertritt von Drittländern aus seitens kubanischer Staatsbürger, die legal ins Ausland reisen. Dass sie automatisch in deren Staatsgebiet eingelassen werden, verleiht ihnen eine einzigartige Vorzugsbehandlung, die Bürger anderer Länder nicht erhalten, was ein weiterer Ansporn zu illegalen Ausreisen war. Die Anwendung dieser und anderer Maßnahmen führte zu Migrationskrisen, Entführung von Schiffen und Flugzeugen und zu Straftaten wie Menschenhandel mit Emigranten, Migrationsbetrug und Anwendung von Gewalt, hatte exterritoriale und wachsende destabilisierende Auswirkungen auf andere Länder der Region, die als Transit benutzt wurden, um auf das Gebiet der Vereinigten Staaten zu gelangen.

Die Entscheidung, diese Politik zu beseitigen, beinhaltet, dass „ab dem Datum dieser Gemeinsamen Erklärung die Vereinigten Staaten, entsprechend ihrer Gesetze und den internationalen Normen, der Republik Kuba die kubanischen Staatsbürger zurückschicken, und die Republik Kuba wird entsprechend ihrer Gesetze und den internationalen Normen all jene kubanischen Bürger aufnehmen, die nach der Unterzeichnung dieses Abkommens von den zuständigen Behörden der Vereinigten Staaten bei dem Versuch ermittelt werden, deren Gebiet zu betreten oder sich irregulär in diesem Land aufhalten“, und so deren Gesetze verletzen.

Die Vereinigten Staaten verpflichteten sich, auch in Zukunft bei den kubanischen Bürgern, die in dieser Lage entdeckt werden, ohne Kriterium der Selektivität, die gleichen Verfahren und Migrationsnormen anzuwenden wie bei den Migranten aus anderen Ländern; dies ist ein positives Signal, was die Beseitigung der Exklusivität im Falle der Kubaner angeht, das eine deutlich politische Prägung hat.

Ebenso wird das sogenannte Parole Programm für Kubanisches Medizinisches Fachpersonal aufgehoben, das Teil des Arsenal war, um das Land in einer von der Regierung der Vereinigten Staaten seit 2006 bestehenden heimlichen internationalen brain drain Operation der Ärzte, Pfleger und anderer Fachkräfte des Sektors zu berauben und die medizinischen humanitären und solidarischen Missionen anzugreifen, die Kuba in Ländern der Dritten Welt unterhält, die diese so sehr benötigen. Dieses Programm stiftete das kubanische Gesundheitspersonal in Drittländern dazu an, die Missionen aufzugeben und in die Vereinigten Staaten zu emigrieren und verwandelte sich so in eine verwerfliche Praxis, die den internationalen medizinischen Kooperationsprogrammen Kubas Schaden zufügte.

Diese beiden Hindernisse sind seit diesem 12. Januar verschwunden, aber um konsequent dem Buchstaben und Geist dieser Gemeinsamen Erklärung zu entsprechen, eine geregelte, sichere und geordnete Migration zu garantieren, wirksam allen Gefahren zu begegnen, die die Sicherheit beider Länder bedrohen, die sich aus der irregulären Migration ableiten und um normale Migrationsbeziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten zu erreichen, wird es außerdem nötig sein, dass der Kongress der Vereinigten Staaten den Cuban Adjustment Act von 1966 aufhebt, der einzigartig in der Welt ist und nicht dem aktuellen bilateralen Kontext entspricht.

Außer dem, was in dieser Gemeinsamen Erklärung verfügt ist, behalten alle anderen Migrationsabkommen, die zuvor von Kuba und den Vereinigten Staaten beschlossen wurden, ihre Gültigkeit: die gemeinsamen Kommuniqués vom 14. Dezember 1984 und vom 9. September 1994 und die Gemeinsame Erklärung vom 2. Mai 1995. Unter anderem wird der Beschluss beider Seiten bestätigt, illegales Verlassen des Landes auf dem Seeweg zu verhindern und alle Personen, die dabei aufgegriffen werden oder die in die Marinebasis Guantanamo eindringen, nach Kuba zurückzubringen. Die Regierung der Vereinigten Staaten garantiert weiterhin für mindestens 20.000 Personen pro Jahr die reguläre Migration von Kuba aus.

Beide Regierungen kamen überein, ihre Migrationsgesetze nicht selektiv und gemäß ihrer internationalen Verpflichtungen anzuwenden. Sie verpflichteten sich außerdem, die gefährlichen Ausreisen zu verhindern, die Menschenleben gefährden, der irregulären Migration vorzubeugen und gegen damit verbundene Gewaltakte wie Schleusertum und Menschenhandel vorzugehen.

In diesem Sinne fördern beide Seiten die wirksame beiderseitige Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und bei der Anklage von Personen, die mit Menschenhandel in Verbindung stehen, sowie für Straftaten in Zusammenhang mit Migrationsbewegungen, die, weil sie auch die Entführung von Flugzeugen und Wasserfahrzeugen beinhalten, eine Gefahr für die internationale Sicherheit darstellen. Dies alles steht in Übereinstimmung mit den in kurzer Zeit erlangten Fortschritten bei der bilateralen Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit.

Die zuständigen Behörden beider Länder haben die dazugehörigen Koordinierungen durchgeführt, um die wirksame Umsetzung dieses Abkommens zu garantieren; dazu gehört auch das operative Vorgehen der Organe, die verantwortlich dafür sind, die Erfüllung und Anwendung des Gesetzes zu garantieren, um Aktionen zu verhindern, die darauf zielen, diese Anstrengungen zu stören oder die versuchen, die Sicherheit beider Länder zu gefährden.

In Treue zu ihren internationalen Verpflichtungen und ihren Gesetzen bestätigt die Regierung der Republik Kuba ihre Verpflichtung, eine geregelte, sichere und geordnete Migration zu garantieren sowie dieses neue Abkommen in vollem Umfang zu erfüllen, wozu intern bereits die entsprechenden Maßnahmen getroffen wurden. Das Recht zu reisen und zu emigrieren und in das Land zurückzukehren ist weiterhin, entsprechend dem Migrationsgesetz, allen kubanischen Bürgern garantiert. Ebenso werden nach und nach andere Maßnahmen zur Aktualisierung der gültigen Migrationspolitik ergriffen werden.

Havanna, 12. Januar 2017 •

## Gemeinsame Erklärung der Regierungen Kubas und der Vereinigten Staaten

• MOTIVIERT vom Interesse, die bilateralen Beziehungen zu normalisieren auf der Basis der Beachtung der geheiligten Vorsätze und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen einschließlich derer, die mit der souveränen Gleichheit der Staaten, der Lösung der internationalen Kontroversen mit friedlichen Mitteln, der Achtung der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit der Staaten, der Achtung der Gleichstellung der Rechte und der Selbstbestimmung der Völker, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten und der Förderung und Stimulierung der

Achtung der Menschenrechte und der fundamentalen Freiheiten aller in Beziehung stehen,

ERMUTIGT durch die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen am 20. Juli 2015 auf der Basis des gegenseitigen Respekts und des politischen Willens, die bilateralen Beziehungen zu stärken und ein neues Verständnis zu verschiedenen Themen von gemeinsamem Interesse zu etablieren,

BEWUSST der Notwendigkeit, die geregelte Migration zu erleichtern, die beiden Ländern nützt und die irreguläre Einwanderung unattraktiv zu machen,

VERPFLICHTET der Verhütung irregulärer Migration durch Verhinderung der riskanten Ausreisen aus der Republik Kuba, die das menschliche Leben in Gefahr bringen, durch Bekämpfung der Gewaltakte, die mit der irregulären Migration in Beziehung stehen wie etwa Menschenhandel und Schleusertum und durch den Beginn der geordneten Rückführung der kubanischen Bürger, wie in dieser gemeinsamen Deklaration verankert.

Die Republik Kuba und die Vereinigten Staaten von Amerika haben eine Übereinkunft erzielt, einen wichtigen Schritt in der Normalisierung der Migrationsbe-

ziehungen zu tun, um eine regulierte, sichere und geordnete Migration zu garantieren. Die gemeinsamen Kommuniqués vom 14. Dezember 1984 und dem 9. September 1994 sowie die gemeinsame Erklärung vom 2. Mai 1995 bleiben bis auf das, was in der aktuellen Gemeinsamen Erklärung verfügt wird, in Kraft. Die jetzige gemeinsame Erklärung hat nicht zum Ziel, die Migrationsvereinbarungen im Hinblick auf die Rückführung der kubanischen Bürger, die von den Vereinigten Staaten auf dem Meer aufgegriffen wurden oder die Rückkehr der Migranten, die sich illegal Eintritt in die Marinebasis

von Guantanamo verschafft haben, zu modifizieren.

In diesem Kontext werden die Vereinigten Staaten von Amerika künftig die spezielle Parole-Politik für die kubanischen Bürger beseitigen, die Territorium der Vereinigten Staaten betreten (eine Politik, allgemein bekannt unter dem Namen „trockene Füße – nasse Füße“) wie auch das Programm der provisorischen Zulassung (Parole) für kubanisches Gesundheitsfachpersonal in Drittländern. Die Vereinigten Staaten werden im Folgenden, entsprechend ihren Gesetzen und internationalen Normen, bei allen kubanischen Bürgern das gleiche Verfahren und die gleichen Migrationsnormen anwenden wie bei Bürgern anderer Länder in Übereinstimmung mit dem, was in der vorliegenden Gemeinsamen Erklärung festgesetzt ist.

1. Vom Datum dieser Gemeinsamen Erklärung an werden die Vereinigten Staaten von Amerika, konsequent gegenüber ihren Gesetzen und internationalen Normen, der Republik Kuba alle kubanischen Bürger zurückschicken, die nach der Unterzeichnung dieser Gemeinsamen Erklärung bei dem Versuch, irregulär die Vereinigten Staaten von Amerika zu betreten oder dort zu bleiben unter Verletzung der Gesetze der Vereinigten

Staaten, von den zuständigen Behörden dieses Landes aufgegriffen werden, und die Republik Kuba wird sie wieder aufnehmen. Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Republik Kuba erklären ihre Absicht, Änderungen in ihren jeweiligen Migrationsgesetzen zu fördern mit dem Ziel, die vollständige Normalisierung der Migrationsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu erreichen.

2. Die Republik Kuba und die Vereinigten Staaten von Amerika werden ihre Migrations- und Asylgesetze in nichtselektiver, d. h. nicht diskriminierender Weise und in Übereinstimmung mit ihren internationalen Verpflichtungen auf die Bürger der anderen Seite anwenden.

3. Die Vereinigten Staaten werden weiterhin die legale Einwanderung von der Republik Kuba aus bei einem Minimum von 20.000 Personen jährlich garantieren.

4. Die Republik Kuba und die Vereinigten Staaten von Amerika werden, entschlossen, den ungesetzlichen Akten in Verbindung mit irregulärer Einwanderung energisch entgegenzutreten, die bilaterale Zusammenarbeit fördern, die dem Menschenschmuggel wirksam vorbeugt und ihn unter Anklage stellt wie auch mit Migrationsbewegungen in Beziehung stehenden Verbrechen, die ihre nationale Sicherheit in Gefahr bringen, einschließlich der Ent-

führung von Flugzeugen und Schiffen.

5. Die Republik Kuba wird akzeptieren, dass Personen, die auf der Liste jener 2746 stehen, die laut der Gemeinsamen Erklärung vom 14. Dezember 1984 zurückgeschickt werden sollten, durch andere Personen ersetzt und Kuba übergeben werden, vorausgesetzt, dass es kubanische Bürger sind, die 1980 über den Hafen von Mariel in die Vereinigten Staaten von Amerika gelangten und von den zuständigen Behörden der Vereinigten Staaten bei dem Versuch aufgegriffen wurden, irregulär das Land zu betreten oder darin zu bleiben und so die Gesetze der USA verletzen. Beide Seiten werden die spezifische Liste dieser Personen und das Prozedere ihrer Rückführung miteinander abstimmen.

6. Die Republik Kuba wird Fall für Fall erwägen und entscheiden, was andere kubanische Bürger anbetrifft, die sich derzeit in den Vereinigten Staaten aufhalten und vor der Unterzeichnung dieser Gemeinsamen Erklärung von den zuständigen Behörden der Vereinigten Staaten bei dem Versuch aufgegriffen wurden, irregulär das Land zu betreten oder darin zu bleiben und so die Gesetze der USA verletzen. Die zuständigen Behörden der Vereinigten Staaten werden sich auf die Personen fokussieren,

deren Rückführung von besagten zuständigen Behörden als prioritär angesehen wird.

Vom Zeitpunkt der Unterzeichnung dieser Gemeinsamen Erklärung an werden beide Seiten die zu ihrem Vollzug nötigen Verfahren anwenden. Die Vertragspartner können periodisch zusammentreffen und besagte Verfahren einer Revision unterziehen, um ihre wirksame Umsetzung zu gewährleisten.

Die zuständigen Behörden der Republik Kuba und der Vereinigten Staaten von Amerika werden sich periodisch treffen, um sich zu vergewissern, dass die Kooperation aufgrund des Migrationsabkommens entsprechend ihren jeweiligen Gesetzen und internationalen Verpflichtungen erfolgt.

Unterzeichnet am 12. Januar 2017 in Havanna, Kuba, in den Sprachen Englisch und Spanisch, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

*Für die Regierung der Republik Kuba der Minister des Innern Vizeadmiral Julio César Gandarilla Bermejo*

*Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Geschäftsträger Jeffrey DeLaurentis •*

## Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer beim Migrationsabkommen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten?

Iroel Sánchez

• VIELE Male ist in zahlreichen Kommunikationsmedien der Gedanke aufgeworfen worden, dass die neue Politik der Vereinigten Staaten Kuba gegenüber die kubanische Revolution vor nie dagewesene Herausforderungen stelle. Man ging sogar so weit zu behaupten, dass damit auf der Insel das Ende des siegreichen Prozesses von 1959 eingeläutet worden sei. Jedoch mit der jetzt am 12. Januar erreichten Migrationsvereinbarung ist eine der propagandistischen Grundlagen ihrer Nemesis abhanden gekommen: der Exilcharakter des seit Beginn der Revolution in Miami angesiedelten Bevölkerungskerns, dem eine US-Politik zugute kam, die sie bis zu diesem Tag im Januar dieses Jahres als Opfer betrachtete, als politische Flüchtlinge, die vor einem „perversen kommunistischen Regime“ fliehen.

Mit der von den Regierungen Kubas und der Vereinigten Staaten herausgegebenen „Gemeinsamen Erklärung“ wird den einzigartigen Privilegien, in deren Genuss jeder Kubaner kam, der auf welchen Wegen auch immer, auch auf illegalen, die Vereinigten Staaten erreichte, ein Ende bereitet, und das während der Regierungszeit von George W. Bush ins Leben gerufene und dann von Obama beibehaltene Programm, das kubanische Ärzte, die in Drittländern arbeiten, dazu anstachelt, zu desertieren, wird aufgehoben.

Zusammen mit der Beendigung der Blockade, der Rückgabe des durch die US-Militärbasis besetzten Gebietes in Guantanamo, der Beseitigung der Fonds für die Subversion und dem Ende der illegalen Radio-

und Fernsehübertragungen, ist das am 12. Januar Erreichte Teil der historischen Forderungen Kubas, auch wenn der Cuban Adjustment Act von 1996, ein propagandistisches Werkzeug des Kalten Krieges, das nur vom Kongress der Vereinigten Staaten aufgehoben werden kann, weiterhin in Kraft ist.

Aber besagtes Gesetz beinhaltet keine Verpflichtung für den Präsidenten der Vereinigten Staaten, sondern stellt die Aufnahme kubanischer Bürger in dessen Ermessen. Es ist nicht vorherzusehen, ob die kurz vor der Amtsübernahme stehende Regierung von Donald Trump, der sich wiederholt gegen eine ungeordnete Emigration ausgesprochen hat, einen Rückzieher bei einem Vertrag machen wird, an dem alle staatlichen Behörden, die mit der Sicherheit an

den Grenzen, der Bekämpfung des Menschenhandels und des Drogenhandels befasst sind, ein Interesse haben. Umso mehr, da Teil des Vertrags ist, dass Kuba die Deportationen seiner Bürger akzeptiert, die ab dem 12. Januar illegal in die USA einreisen und „Fall für Fall“ jene überprüfen wird, die sich zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrags in den USA aufhielten, nachdem sie illegal dort eingereist waren.

Die sogenannte „Politik der trockenen Füße/nassen Füße“ hat alle Länder im Umkreis Kubas und der Vereinigten Staaten beeinträchtigt, hat zu Gewalt, Terrorismus und Menschenschmuggel angespornt. Das hat den Vereinigten Staaten Probleme mit ihren Nachbarn in der Region beschert und wegen der Probleme und Verzerrungen, die diese

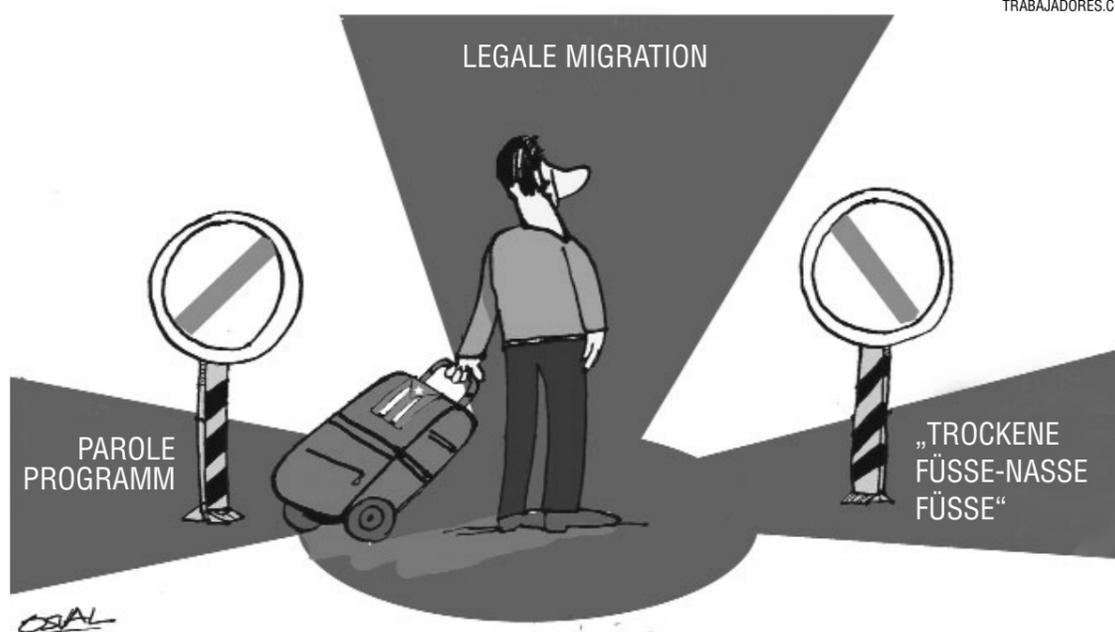
Politik hervorruft, zu internationalen und regionalen Forderungen an Washington geführt.

Im Innern der Vereinigten Staaten kommen viele Politiker und Intellektuelle zu dem gleichen Schluss. Die ehemalige Leiterin der Interessenvertretung der Vereinigten Staaten in Kuba, Vicky Huddleston, hat in der New York Times „um eine sichere und geordnete Migration zu erreichen und außerdem noch Menschenleben zu retten“ ein Ende dieser Politik gefordert. Die am rechten Rand angesiedelten Kongressabgeordneten von Miami nehmen diesbezüglich einen dualen Standpunkt ein; auf der einen Seite möchten sie keine neuen Emigranten, die in ihrer Mehrheit zum Besuch zurück nach Kuba fliegen und eine normale Beziehung mit ihren Familienangehörigen auf

der Insel anstreben, was ihre Wählerbasis schwächt. (Im Jahr 2016 sind 329.496 in den USA wohnende Kubaner nach Kuba gereist, das sind 12% mehr als 2015.) Zum anderen, weil sie den Charakter der „politischen Flüchtlinge“ für eine hauptsächlich wirtschaftlich bedingte Emigration aufrechterhalten müssen, die durch die Blockade begünstigt wird, für die sie sich so einsetzen.

In den Jahren 2002 und 2009 hat Kuba Vorschläge zu Migrationsvereinbarungen mit den Vereinigten Staaten unterbreitet, die ignoriert wurden. 2009 hat es wiederum einen neuen Vorschlag präsentiert und diesen am 30. November 2015 wiederholt. Havanna hat seit dem 17. Dezember 2014 öffentlich auf die Notwendigkeit hingewiesen, zu einer Vereinbarung zu kommen, wie sie jetzt am 12. Januar erreicht wurde. Washington seinerseits hatte immer wieder bekräftigt, dass es die Politik der „nassen Füße/trockenen Füße“ und das Programm, das Ärzte aufruft zu desertieren, beibehalten werde. Deswegen kann man die Migrationsvereinbarungen als einen Sieg Kubas ansehen, obwohl es auch ein Sieg des gesunden Menschenverstandes und der Sektoren ist, die ehrlich eine Normalisierung zwischen den beiden Ländern anstreben. Eine große Niederlage ist es jedoch für die, die auf Konfrontation aus sind.

Es hieß, Obama würde die Revolution in Kuba zu Fall bringen, aber das, was gerade gefallen ist, ist die Grundlage für die Aufrechterhaltung einer Rhetorik, die jeden kubanischen Emigranten in einen Exilkubaner und Feind der Revolution verwandelt. (La Pupila Insomne) •



TRABAJADORES.CU